CDU/CSU

Kein Splitting ohne Ehe

Zwischen CDU und CSU droht neuer Streit um die Familienpolitik. Der Vorsitzende des Familienausschusses, Johannes Singhammer (CSU), warnt die Schwesterpartei davor, sich auf ihrem Bundesparteitag für eine Änderung des Ehegattensplittings auszusprechen. Das bestehende Modell bevorteilt verheiratete Paare steuerlich, egal, ob diese Kinder haben oder nicht. Die Union möchte auf ihrem Parteitag nun beschließen, den Steuervorteil in ein sogenanntes Familiensplitting zu überführen. Das Projekt liegt vor allem Familienministerin Ursula von der Leyen am Herzen. Singhammer befürchtet, die neuen Pläne könnten zu Lasten der Frauen gehen, die für ihre Kinder auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet haben. „Wir dürfen nicht Mütter bestrafen, deren Kinder schon aus dem Haus sind“, sagte Singhammer. Der CSU-Politiker besteht auch darauf, die steuerliche Entlastung eines Paares mit Kindern weiterhin von der Ehe abhängig zu machen. „Der Schutz dieser Institution muss fortgeführt werden.“

AFP

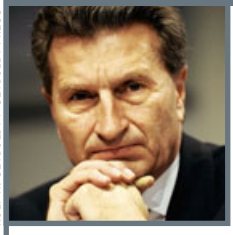
Piraten (vor Somalia)

PIRATERIE

Konkurrenzkampf auf See

Im Kampf gegen die Piraterie am Horn von Afrika entwickelt sich eine heftige Konkurrenz zwischen Nato und Europäischer Union. Zusätzlich zur EU-Mission „Atalanta“, die noch diesen Monat beginnen soll, erwägen Nato-Militärs für das kommende Jahr eine eigene Anti-Piraterie-Mission. Damit sich die Flottillen nicht ins Gehege kommen, wird bereits diskutiert, im Indischen Ozean vor Somalia eine künstliche Grenze zu ziehen. Auf der einen Seite soll die EU zuständig sein, auf der anderen die Nato. Beide Organisationen buhlen zudem bei den Vereinten Nationen in New York darum, die Federführung für eine mögliche Uno-Mission zu erhalten. Die Deutsche Marine bereitet sich einstweilen darauf vor, mit gleich drei Fregatten am Horn von Afrika tätig zu werden. Eine wäre der EU unterstellt, die zweite der Nato, die dritte der Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“.

DER MÜNCHHAUSEN-TEST



ROLF H. SEYBOLDT / SEYBOLDT-PRESS

„Das Bahnprojekt Stuttgart – Ulm mit dem neuen Hauptbahnhof in Stuttgart ist solide geplant.“

Der baden-württembergische Ministerpräsident **Günther Oettinger** in einer Presseerklärung am 19. August über die Kostensteigerungen im Projekt Stuttgart 21

DIE FAKTEN

Erste Pläne für die Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs wurden bereits 1994 vorgestellt. Im Juli 2007 einigten sich Bund, Bahn, Land und die Stadt Stuttgart über die Finanzierung von Stuttgart 21. Seitdem musste der Finanzbedarf für das Großprojekt mehrfach nach oben korrigiert werden. Inzwischen geht die Landesregierung von Kosten in Höhe von insgesamt 3,076 Milliarden Euro aus, rund ein Viertel mehr als zu Beginn der Planungen. Darüber hinaus existiert ein Risikofonds, der Mehrkosten abdecken soll in Höhe von inzwischen 1,45 Milliarden Euro. „Die Mehrausgaben sind im Vergleich zu den Gesamtkosten nicht gravierend“, betonte Oettinger stets. Bereits im Juli 2008 kamen Gutachter im Auftrag der Stuttgarter Grünen zu dem Schluss, das Projekt werde um drei Milliarden teurer. Die Landesregierung sprach von unseriösen Berechnungen, musste aber einräumen, selbst den Inflationsausgleich nicht berücksichtigt zu haben. Es ging um 265 Millionen Euro, die nun zu zwei Dritteln von der Bahn und zu einem Drittel vom Land getragen werden sollen.

DER TEST

Der Bundesrechnungshof hat in einem Bericht vom 30. Oktober die falsche Kalkulation der Kosten für das Projekt kritisiert. Bemängelt wird die fehlende Anpassung der Risikoabsicherung. Zudem habe das Bundesverkehrsministerium in einem Gutachten über die Baupreisentwicklung von Großprojekten wie Stuttgart 21 festgestellt, dass in der Regel die veranschlagten Summen um bis zu 60 Prozent übertroffen würden – unter anderem wegen höherer Preise für Kupfer und Stahl. Der Bundesrechnungshof kommt deswegen zu dem Ergebnis, dass die Kosten für das Projekt Stuttgart 21 „deutlich über 5,3 Milliarden Euro“ betragen werden, wovon allerdings nur 4,12 Milliarden Euro abgedeckt seien: „Damit verbleibt eine Finanzierungslücke von mindestens 1,3 Milliarden Euro.“

DAS FAZIT

Eine Watsche vom Bundesrechnungshof für Ministerpräsident Günther Oettinger. Solide Planung sieht anders aus.